

Atommüll

Neue Dokumente belegen: Die Regierung Kohl ließ Gutachten zu Gorleben schönen

Neue Dokumente belegen, daß die Regierung Kohl 1983 massiv Einfluß auf die Wissenschaftler ausübte, die eine Eignung des Standortes Gorleben für ein atomares Endlager prüfen sollten. Das berichteten Michael Bauchmüller und Wolfgang Roth in der Süddeutschen Zeitung vom 9. September 2009.

Dem der Zeitung vorliegenden Schriftverkehr zufolge drängten die Ministerien für Forschung und für Inneres, damals unter den Ministern Heinz Riesenhuber (CDU) und Friedrich Zimmermann (CSU), die damals zuständige Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), ein maßgebliches Gutachten in wichtigen Passagen umzuschreiben. Das gehe aus einem Fernschreiben hervor, das das Forschungsministerium am 13. Mai 1983 an die Fachbehörde sandte. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) bestätigte am 9. September 2009 die Existenz dieses Schreibens und bezeichnete es als „handfesten Skandal“, daß die damalige Bundesregierung unter Kanzler Kohl (CDU) massiv Einfluß zugunsten des umstrittenen Atommülllager-Standortes genommen habe. Kanzleramtsminister Thomas de Maizière (CDU) bezeichnete dagegen die Fälschungsvorwürfe als „irreführend und unredlich“, weil seitdem mehrere Gutachten, auch unter rot-grüner Regierung, zu dem Ergebnis gekommen seien, daß der Salzstock in Gorleben und das darüber liegende Deckgebirge Eigenschaften aufwiesen, die eine Erkundung sinnvoll erscheinen ließen.

1983 befand sich ein wegweisender Bericht in der Schlußphase der Fertigstellung. Er sollte die bisherigen Ergebnisse zu Gorleben zusammentragen und letztlich klären, ob der Salzstock auch unter Tage erkundet werden soll. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, aus der später das Bundesamt für Strahlenschutz hervorging, zeichnete für den Bericht verantwortlich. Doch die beiden Ministerien hatten über die Zukunft Gorlebens offenbar schon entschieden. So solle der Bericht mit einem Kapitel „wesentliche Ergebnisse der Standorterkundung“ beginnen, empfahl das Forschungsministerium, „in Abstimmung mit dem BMI“, dem Bundesinnenministerium. Und weiter: „Dieser Abschnitt sollte sinngemäß mit der Feststellung schließen“, daß „die Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert“ werde, heißt es in dem Telex.

Auch für einen weiteren Abschnitt, der sich stärker offenen Fragen zuwenden sollte, wußte das Ministerium demnach Rat: „Es ist zu prüfen, ob dieser Abschnitt mit der Aussage schließen kann, daß nach Einschätzung der Fachleute die noch zu erzielenden Ergebnisse und abzuleitenden Aussagen die Eignungshöflichkeit des Salzstockes voraussichtlich nicht in Frage stellen können“. Sprich: Das positive Ergebnis der Untersuchungen sollte schon vorweggenommen werden.

Auch für den letzten, zusammenfassenden Teil gibt es einen Vorschlag: Daß nämlich „berechtigte Hoffnung be-

steht, daß im Salzstock Gorleben ein Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen“ eingerichtet werden könne. Im Übrigen bittet das Ministerium, den „vermutlich hypothetischen Störfall des Wasser- und Laugenzutritts (...), der an mehreren Stellen die am 11.05.1983 diskutierte Zusammenfassung und Bewertung bestimmt, etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken“, mit anderen Worten: herunterzuspielen. So geschah es dann auch. Die Gefahr, daß Radioaktivität ins Grundwasser gelangen könnte, spielt in dem Bericht keine große Rolle mehr.

Erst vor kurzem waren zwei Fassungen des Berichts aufgetaucht, über die Strahlentelex in der vorigen Ausgabe berichtete. Helmut Röthemeyer, damals Abteilungsleiter in der PTB, hatte im Frühjahr 2009 in einem Zeitungsinterview geklagt, die Behörde habe seinerzeit unter massivem Druck der Politik gestanden. Dem zusammenfassenden Gutachten von 1983 war die Erkundung des Salzstocks durch eine Vielzahl von Bohrungen vorausgegangen, die aber nicht das erhoffte Ergebnis brachten. Röthemeyers Kollegen stellten unter anderem fest, daß das von einer eiszeitlichen Rinne durchzogene Gestein über dem Salzstock nicht ausreichend ist, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“.

Der Hydrogeologe Prof. Dr. Dieter Ortlam, der in den 1960er Jahren die Salzwasservorkommen im Raum Gorleben untersucht hatte, berichtete, daß bei der Wahl des Standortes Gorleben durch die niedersächsische Landesregierung im Jahr 1977 die Niedersächsische Landesanstalt für Geowissenschaften (NLfG) überhaupt nicht um eine Expertise gebeten worden war. „Der Standort ist aus hydrogeologischer Sicht als Atommüllendlager ungeeignet“, erklärte er auf einer Pressekonferenz der Bürgerinitiative Um-

weltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) am 2.9.2009 in Hannover.

Zudem legte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) drei Dokumente aus dem Jahre 1977 vor, aus denen hervorgeht, daß der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) von Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) vergeblich aufgefordert wurde, Gorleben nicht als Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum zu wählen. Diese Dokumente sind von der Homepage www.bi-luechow-dannenberg.de abrufbar. „Auch verhehle ich Ihnen nicht meine Sorge darüber, daß hiesigem Vernehmen nach aus Ihrer Sicht der DDR-grenznahe Standort Gorleben - trotz der in meinem Schreiben vom 15. Dezember 1976 geäußerten Bedenken - immer noch vorrangig zur Wahl steht“, schrieb der Bundeskanzler am 28.1.1977 an Ernst Albrecht und legte nach einem Gespräch am 11.2.1977 noch einmal nach: „In unserem Gespräch habe ich (...) nachdrücklich auf die Bedenken der Bundesregierung gegen den Standort Gorleben hingewiesen.“ Am 22.2.1977 benannte Albrecht trotzdem Gorleben.

„Der CDU-Ministerpräsident ignorierte sowohl die Warnungen seiner Geologen im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (NLfB), wie politische Einwände und das Drängen der Bundesregierung, das ist aufgeklärt. Was fehlt ist die politische Konsequenz aus all den Enthüllungen der letzten Monate: Gorleben muß zurückgebaut werden“, fordert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Einen Berichtsentwurf zur Chronologie und politischen Einflußnahme auf den Zwischenbericht der PTB von 1983, hat das Bundesumweltministerium am 24.9.2009 unter www.bmu.de/45019 ins Internet gestellt. ●